

Der Streik im graphischen Gewerbe

Ausgangspunkt und Entwicklung des Konfliktes

Bei einer Betrachtung der Streikbewegung, die Anfang Dezember 1952 vorübergehend die Zeitungsbetriebe, Buchdruckereien, einen Teil der Buchbindereien und der chemigraphischen Anstalten in der Bundesrepublik stilllegte, darf nicht aus den Augen gelassen werden, daß es sich um einen reinen Lohnkonflikt gehandelt hat. Trotzdem traten im Zusammenhang mit dem Streik und in seinem Verlauf verschiedene Umstände ein, die von allgemeiner Bedeutung sind und die es rechtfertigen, diese Lohnbewegung etwas näher zu betrachten. Schließlich zeigten sich auch während des Arbeitskampfes Erscheinungen, die für die gewerkschaftliche Taktik wie auch für die organisatorische Gliederung der Industriegewerkschaften aufschlußreich sind.

Ausgangspunkt der Lohnbewegung war die Kündigung des Ende Januar 1952 abgeschlossenen Lohn tariffs für das graphische Gewerbe. Der Lohn tariff ist gültig für das gesamte Bundesgebiet und wird seit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften und der Neubildung der Tarifgemeinschaft zwischen der Industriegewerkschaft Druck und Papier und der Arbeitsgemeinschaft Graphischer Verbände, einer Spitzenorganisation der Unternehmer, ausgehandelt. Mehrere tausend Betriebe, kleine, mittlere und große, werden davon erfaßt; beschäftigt sind in ihnen rund 80 000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Vor allem die Tatsache, daß auch die Betriebe, in denen Tageszeitungen und Zeitschriften hergestellt werden, unter diesen Lohn tariff fallen, brachte es mit sich, daß die breite Öffentlichkeit in besonders starkem Maße auf den Konflikt aufmerksam gemacht wurde. Gleichzeitig wurde natürlich auch die politische Welt davon betroffen, und sie begann dann auch, sich einzumischen.

Der Stundenlohn eines Facharbeiters im graphischen Gewerbe wurde im Januar 1952 mit 1,66 DM festgelegt. Im damaligen Lohnabkommen befand sich eine Klausel, daß der Lohn tariff vor Juli 1952 gekündigt werden könne, wenn der amtliche Index der Lebenshaltungskosten sich nach oben oder unten um mehr als drei Punkte verändert. Diese Veränderung war nicht gegeben, und die Gewerkschaftsleitung bezog sich auch in ihrem Kündigungsschreiben im Oktober nicht auf den Index, sondern forderte für die Arbeiter einen höheren Anteil am Sozialprodukt, d. h. eine echte Erhöhung der Real-löhne. Begründet wurde das mit der wachsenden Produktivität der Arbeit, der steigenden Intensivität der Arbeitsleistung und den daraus resultierenden guten Erträgen der Betriebe.

Diese Begründung hatte es den Unternehmern besonders angetan, und sie versteifte ihren Widerstand. Bei den Verhandlungen vom 10. November in Hannover gingen die beiden Tarifpartner ohne jedes Resultat auseinander. Die Unternehmer lehnten es ab, den drei Forderungen der IG Druck und Papier — nach a) 10 Dpf Lohnerhöhung an der Spitze, b) Erhöhung des Spitzenlohns der Hilfsarbeiter von 80 auf 85 vH. des Facharbeiterlohnes und c) Herabsetzung der Ortsklassen von vier auf zwei — überhaupt einen Gegenvorschlag entgegenzustellen.

Hauptargument von Unternehmenseite war die Behauptung, daß die in den graphischen Betrieben wirklich gezahlten Löhne hoch über den Tariflöhnen liegen und daß beispielsweise die Stundenverdienste vom Juni 1948 bis Mai 1952 um 40 bis 60 vH. gestiegen seien. Nun ist es vielleicht gerade im graphischen Gewerbe im besonderen Maße unmöglich, in der Lohnfrage mit Durchschnittsziffern zu operieren. Es stimmt, daß es kleine, hochqualifizierte Arbeitergruppen gibt, wie beispielsweise die Maschinensetzer und Rotationsdrucker in Zeitungsbetrieben, deren Löhne hoch über dem Tarif-

STREIK IM GRAPHISCHEN GEWERBE

lohn und dem Durchschnitt liegen. Dies ist neben der Schlüsselposition für die Produktion vor allem auf das häufige Vorkommen von Nacharbeit, von Sonntagsarbeit und in vielen Fällen auch von Überstunden zurückzuführen. Aus dieser relativ kleinen Gruppe von Spitzenverdienern wurden dann die Berechnungen genommen, mit denen eine eifrige Unternehmerpropaganda der Öffentlichkeit einzureden versuchte, daß es sich hier insgesamt um die Lohnbewegung einer Arbeiterschaft handle, die schon jetzt mit Phantasielöhnen nach Hause gehe. Daß im allgemeinen infolge der guten Beschäftigung sehr viele Überstunden im graphischen Gewerbe geleistet worden sind, ist eine leidige Tatsache, die nicht verwischen darf, daß es Aufgabe und Pflicht der Gewerkschaft ist, dafür einzustehen, daß ein auskömmlicher Lohn für einen Arbeitstag von acht Stunden bezahlt wird und daß alle Arbeitergruppen ein Lohnniveau erreichen, das ihnen einen anständigen Lebensstandard gewährleistet. Davon ist man heute noch — auch nach der erfolgreichen Lohnbewegung — weit entfernt.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Hannover und nach einem Spruch des zentralen Schiedsgerichts, der die Arbeitnehmer mit 4 Dpf an der Spitze abspesen wollte, kam es zur Urabstimmung, und in dieser wurde der gefällte Schiedsspruch mit einer Mehrheit von 81 vH. abgelehnt, während gleichzeitig die Leitung der Gewerkschaft von 80 vH. der Abstimmenden den Auftrag erhielt, Kampfmaßnahmen einzuleiten. Am 3. Dezember wurde daher der Beschluß gefaßt, am 6. Dezember in den Streik zu treten.

Probleme des Streiks

Über zwei Fragen wurde innerhalb der zentralen Körperschaft der IG Druck und Papier eine lebhafte Diskussion geführt: Ausmaß und Beginn des Streiks. Aus verschiedenen Städten und Zonen wurde berichtet, daß ein Teil der Unternehmer, vor allem in den Zeitungsbetrieben, bereit war, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Ziel des Kampfes war jedoch, die zentrale Organisation der Unternehmer zum Abschluß eines neuen Lohntarifs auf der von der Gewerkschaft vorgeschlagenen Basis zu bewegen. Ein gewisser Spielraum für Verhandlungen war natürlich von vornherein einkalkuliert. Wären nun die Zeitungen von Anfang an erschienen, so wäre es für alle die anderen Betriebe, wo Arbeiterinnen und Arbeiter in Beschäftigung standen, die seit Jahrzehnten keinen Streik erlebt hatten und von denen viele keine feste Gewerkschaftstradition besaßen, schwierig gewesen, den Kampf geschlossen aufzunehmen. Von den Zeitungen wäre ein Teil erschienen, ein anderer nicht — alles dies und verschiedene andere Argumente führten zu dem Beschluß, den Streik allgemein zu erklären und auch die bewilligungsbereiten Betriebe zunächst nicht auszunehmen.

Dem Streikaufruf wurde nicht hundertprozentig Folge geleistet. In einer Anzahl von Fällen erwies sich der „Betriebspatriotismus“ stärker als die gewerkschaftliche Solidarität. Doch beteiligten sich viele bisher Unorganisierte; der Einsatz der Frauen und Jugendlichen wurde in allen Berichten hervorgehoben. Dagegen hatten es in einigen Städten kleinere Gruppen der bereits erwähnten Höchstverdiener schwer, die Solidarität aufrechtzuerhalten; nach Bearbeitung durch die Betriebsleitung und gewissen Zugeständnissen konnten bereits am dritten Streiktage in Stuttgart, Frankfurt und einigen anderen Orten wieder Tageszeitungen erscheinen. Eine besondere Rolle spielten bei dieser Bewegung auch die Angestellten. Es ist leider bis heute nicht gelungen, für die kaufmännischen und technischen Angestellten der graphischen Betriebe einen zentralen Tarif für das ganze Bundesgebiet zu schaffen. Es gibt eine Reihe von Ländertarifen, die von der Lohnbewegung nicht direkt betroffen wurden, so daß die Angestellten sich in ihrer großen Mehrzahl nicht am Streik beteiligten. Es war eine bedenkliche Erscheinung, daß sich ein Teil der Angestellten ohne größere Gewissenskrupel dazu hergab,

in den Betrieben Arbeiten zu verrichten, mit denen sie sonst nichts zu tun haben, und damit faktisch Streikbruch zu begehen. Daß die Industriegewerkschaften noch weit davon entfernt sind, das Angestelltenproblem wirklich gelöst zu haben, ist eine Erfahrung, die während des Streikverlaufs erneut bestätigt wurde.

Von großer Bedeutung für die gesamte Bewegung erwies sich das völlige Auseinanderbrechen der Unternehmerfront. Als am 9. Dezember in Frankfurt erneut Verhandlungen stattfanden und mit der AGV — der Zentralen Unternehmerorganisation — keine Verständigung erreicht wurde, erklärten sich die Verbände der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger bereit, selbständig mit der IG Druck und Papier weiterzuverhandeln und einen Tarifvertrag abzuschließen.

Von Seiten der Gewerkschaft nahm man diese Maßnahme mit Ruhe hin. Es kam zu keinem Abschluß, weil einmal die Zeitungsverleger nicht genügend boten und zum anderen das gewerkschaftliche Interesse an einem neuen Lohntarifvertrag für das gesamte graphische Gewerbe weiterbestand. Nun wurde der Streik aber in einen sogenannten „Bewilligungsstreik“ umgewandelt, d. h. die Betriebe, die die gewerkschaftlichen Forderungen bewilligten, konnten die Arbeit wiederaufnehmen, die übrigen wurden weiterbestreikt. Die Unternehmerfront brach nun völlig zusammen, und in einigen Ländern — in Bayern, in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen — erklärten sich die Landesorganisationen der Unternehmer zu regionalen Abschlüssen mit der Gewerkschaft bereit. Diese Entwicklung war keineswegs zu begrüßen. Als daher von dritter Seite an die streitenden Parteien mit der Aufforderung zu neuen zentralen Verhandlungen herangetreten wurde, stimmte die Leitung der IG Druck und Papier zu. Der Abschluß, der nun zustande kam und den Streik auf der ganzen Linie beendete, kann sich sehen lassen: 8 Dpf Erhöhung des Stundenlohnes an der Spitze, Heraufsetzung des Lohnes der Hilfsarbeiter von 80 auf 82,5 vH. des Facharbeiterlohnes und eine bindende Abmachung über die Revidierung des Ortsklassensystems.

Einige Bemerkungen

Eine erschöpfende Analyse der gesamten Lohn- und Streikbewegung im graphischen Gewerbe ist noch nicht möglich. Es fehlen noch die genauen Ziffern und die gründlichen Berichte aus allen Gebieten der Bundesrepublik. Es ist aber wertvoll, jetzt schon die wichtigsten Ergebnisse dieser Aktion zu skizzieren. Es handelte sich um den ersten größeren Kampf nach 1945, der das ganze Bundesgebiet erfaßte, und es handelte sich außerdem um eine Bewegung, die das Interesse der gesamten Öffentlichkeit auf sich zog.

Dieses Interesse äußerte sich überwiegend auf negative Weise. Es zeigte sich, daß man sich in der Bundesrepublik noch nicht daran gewöhnt hat, daß die Arbeitsniederlegung zu den selbstverständlichen demokratischen Rechten des Staatsbürgers gehört. Die Beurteilung und Verurteilung der Streikenden und der Streikleitung war meistens stark moralisch gefärbt. Man spürte wieder einmal, wie die Untertanenseele gegen alles protestiert, was nicht von den zuständigen Behörden angeordnet worden ist. Erbittert waren auch viele Parteipolitiker. Die IG Druck und Papier konnte aber gar nicht anders handeln, als sie es getan hat, nachdem die Haltung der Unternehmer jede Verständigung unmöglich gemacht hatte.

Daß die Reaktion ebenfalls sofort mobilisierte und ihre Lieblingsideen, den Plan einer staatlichen Zwangsschlichtung und den Erlaß eines Gewerkschaftsgesetzes, auf den Markt brachte, rundet nur das Bild ab. Daß man sehr gut ohne Zwangsgesetze auskommen kann, bewies aber gerade der kurze Arbeitskampf im graphischen Gewerbe, der mit einem neuen Vertrag abgeschlossen werden konnte und damit den Arbeitsfrieden auf eine viel effektivere Weise sichert, als es alle Zwangsmaßnahmen erreichen könnten.